

Von: [REDACTED] [_GS-EFD](#)
An: [REDACTED] [_EFV](#); [REDACTED] [_EFV](#)
Betreff: AW: Ämterkonsultation: Bundesgesetz über das Entlastungspaket 2027 (EP27); Eröffnung der Vernehmlassungsverfahren
Datum: Dienstag, 10. Dezember 2024 13:57:17
Anlagen: [BRB zu BRA EFD Bundesgesetz über das Entlastungspaket 2027 Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens korr GS.docx](#)
[BRA EFD Bundesgesetz über das Entlastungspaket 2027 Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens korr GS.docx](#)

Liebe [REDACTED], lieber [REDACTED]

Besten Dank für die Zustellung der titelerwähnten Ämterkonsultation zur Stellungnahme.

Meine rein formellen Korrekturen habe ich direkt im Antrag und im BRB eingefügt. Vielen Dank im Voraus für die Übernahme.

Bei allfälligen Fragen stehe ich jederzeit gerne zur Verfügung.

Liebe Grüsse

[REDACTED]

Freundliche Grüsse

[REDACTED]

[REDACTED]

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Generalsekretariat EFD
Bundesrats- und Parlamentsgeschäfte

Bundesgasse 3
CH-3003 Bern

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Von: [REDACTED]
Gesendet: Dienstag, 10. Dezember 2024 13:12
An: [REDACTED] GS-EFD [REDACTED]
Cc: [REDACTED] GS-EFD [REDACTED]
Betreff: WG: Ämterkonsultation: Bundesgesetz über das Entlastungspaket 2027 (EP27); Eröffnung der Vernehmlassungsverfahren

Von: [REDACTED] EFV [REDACTED]
Gesendet: Dienstag, 10. Dezember 2024 12:35

An: [REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]

Betreff: Ämterkonsultation: Bundesgesetz über das Entlastungspaket 2027 (EP27); Eröffnung der Vernehmlassungsverfahrens

Als Beilage erhalten Sie die Entwürfe der Vernehmlassungsunterlagen zum Entlastungspaket 2027.

Mittwoch, 8. Januar 2025

_____ und _____

Freundliche Grüsse

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD

Eidgenössische Finanzverwaltung EFV
Stabsdienste und Grundsatzfragen

Bundesgasse 3, 3003 Bern

[REDACTED]

[REDACTED]

www.efv.admin.ch

Beilagen:

- BRA und Beschlussdispositiv
- Erläuternder Bericht
- Mantelerlass (d, f)
- Fragebogen
- Orientierungsschreiben

Bern,

An den Bundesrat

**Bundesgesetz über das Entlastungspaket 2027 (EP27);
Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens**

1 Haushaltslage

Der Bundesrat hat am 20. September 2024 die Eckwerte der Vernehmlassungsvorlage zum Entlastungspaket 2027 (EP27, vormals Aufgaben- und Subventionsüberprüfung) festgelegt.

Der Voranschlag 2025 mit IAFP 2026-2028 vom 21. August 2024 zeigt für die Finanzplanjahre ab 2027 strukturelle Defizite von rund 2,5 Milliarden Franken. In der Zwischenzeit hat sich die Lage weiter verschlechtert. Der Bund wird – anders als ursprünglich geplant – einen Teil der 13. AHV-Rente mitfinanzieren, was je nach Entscheid des Parlaments 0,5 bis 1 Milliarde Franken zusätzlich kosten wird. Auch will das Parlament den Ausbau der Armee beschleunigen; aus beiden Kammern liegen Anträge dazu vor. Die vom Parlament vorgeschlagenen Gegenfinanzierungen sind entweder unsicher (OECD-Mindeststeuer, Globalpauschalen Asyl) oder sie greifen dem EP27 vor, mit dem eigentlich die bereits bestehenden Defizite bereinigt werden sollten (insb. internationale Zusammenarbeit und alle Querschnittskürzungen inkl. Ressortforschung).

Die Defizite in den Jahren 2027 und 2028 könnten damit auf 3 bis 4 Milliarden steigen. Das genaue Ausmass hängt von laufenden Parlamentsentscheiden ab. Der Bundesrat wird zudem im Februar bei der finanzpolitischen Standortbestimmung entscheiden müssen, wie er mit den Aufstockungsaufträgen zum Finanzplan umgehen will.

Tabelle 1. Strukturelle Defizite im Bundeshaushalt

in Mrd. CHF	FP027	FP2028
Strukturelle Defizite im Finanzplan vom 21.08.24	2,5	2,6
<i>AHV-Schätzfehler</i>	<i>-0,1</i>	<i>-0,1</i>
<i>Bundesbeitrag AHV</i>	<i>+0,5-0,9</i>	<i>+0,5-0,9</i>
<i>Rascherer Ausbau der Armee</i>	<i>+0,6-1,2</i>	<i>+0,6-1,4</i>
Bereinigungsbedarf neu	+3,5-4,5	+3,6-4,8
<i>p.m. Entlastungsvolumen EP27</i>	<i>3,5</i>	<i>4,4</i>

Daneben sind weitere namhafte Mehrbelastungen im Bereich der Europapolitik möglich, insbesondere bei einer Assoziierung an Horizon Europe und Erasmus sowie mit dem zukünftigen Beitrag an ausgewählte Länder der EU. Auf der Einnahmeseite liegen im Parlament zwei gleichlautende Vorstösse vor, die eine Verlängerung des Sondersatzes Hotellerie verlangen. Dies würde beim Bund ab 2028 zu Mindereinnahmen von rund 200 Millionen Franken pro Jahr führen.



2 Präzisierungen und Abweichungen vom BRB 20. September 2024

Das Entlastungsvolumen ist im Vergleich zum BRB vom 20. September 2024 praktisch gleichgeblieben. In einzelnen Bereichen gab es Schätzkorrekturen, verschiedene Massnahmen wurden konkretisiert.

	2027	2028
Entlastungsvolumen gemäss BRB vom 20.09.2024	3'581	4'321
<i>Veränderungen des Entlastungsvolumens bei den Einnahmen</i>		
Höhere Besteuerung von Kapitalbezügen der 2. und 3. Säule	0	-40?
Erhöhung Versteigerung Importkontingente	47	47
<i>Veränderungen des Entlastungsvolumens bei den Ausgaben</i>		
Kürzung der Landschaftsqualitätsbeiträge auf 50 Prozent	-65	0
Teilverzicht auf Förderung alternativer Antriebssysteme für Busse und Schiffe (nur für die Jahre 2027-2029, dafür 2030: -40 MCHF)	10	10
Kürzung der Berufsbildungsausgaben auf den Richtwert (Doppelzählung)	-8	-12
Kürzung der Ressortforschung um 10 Prozent (insb. Doppelzählungen)	-5	-4
Entflechtung zwischen Bund und AHV (Schätzkorrektur)	-4	145
Divers (Schätzkorrekturen, Berücksichtigung verpflichtete Anteile auf VK)	-40	-2
Entlastungsvolumen gemäss Vernehmlassungsvorlage	3'516	4'445

Insbesondere die Konkretisierungen bei den einnahmenseitigen Massnahmen haben Folgen auf die Entlastungswirkung. Ausgabenseitig haben die Verschiebung der Kürzung der Landschaftsqualitätsbeiträge um ein Jahr sowie die Präzisierung der Berechnung des AHV-Beitrages die grössten Auswirkungen.

Besteuerung von Kapitalbezügen aus der zweiten und dritten Säule: Die Herausforderung bei dieser Massnahme bestand darin, einen Steuersatz bzw. Steuersätze festzulegen, welche die Kapitalbezüge gegenüber den Rentenbezügen nicht mehr privilegieren, aber den Anreiz zur Vorsorge dennoch aufrechterhalten. Vorgesehen ist ein progressiver Steuertarif: Die Sätze auf Kapitaleinkünften von bis zu 100 000 Franken sind mit 0,1 bis 1,0 Prozent milde ausgestaltet. Oberhalb dieser Schwelle nehmen die Grenzsteuersätze zunächst auf 3 Prozent, oberhalb von 250 000 Franken auf 5 Prozent, oberhalb von 1 Million Franken auf 7,5 Prozent und oberhalb von 10 Millionen Franken auf 11,5 Prozent zu. Diese Tarifgestaltung hat zur Folge, dass die typischerweise tieferen Bezüge aus der Säule 3a weiterhin zu sehr gemässigten Sätzen besteuert werden. Die erwarteten Mehreinnahmen für den Bund liegen mit 160 Millionen um 60 Millionen tiefer als im September kommuniziert.

Erhöhung Versteigerung Importkontingente: Mit der Versteigerung zusätzlicher Landwirtschaftsprodukte fallen die erwarteten Erträge um 47 Millionen höher aus als bisher geschätzt. Neu sollen grundsätzlich alle Kontingente versteigert werden, andere Verteilmethode sollen nur noch in Ausnahmefällen zugelassen sein.

Priorisierung bei Subventionen für Klimapolitik: Mit dem Beschluss des Bundesrates, jüngste Volksabstimmungen nicht in Frage zu stellen, sollen die neuen Finanz-



hilfen (Impulsprogramm Heizungsersatz, Förderung neuartiger Technologien zur Dekarbonisierung) in geplantem Umfang geleistet werden. Diese sollen jedoch statt über den allgemeinen Haushalt über die Zweckbindung der Erträge aus der CO₂-Abgabe. Weil die heutige Zweckbindung von 1/3 der Erträge dafür nicht ausreicht, soll diese befristet bis 2031 auf maximal 41 Prozent erhöht werden. Dazu ist nebst dem bereits bekannten Verzicht auf das Gebäudeprogramm auch eine Reduktion der Subventionen für die Geothermie-Nutzung (max. 30 Mio. pro Jahr) und der Einlage in den Technologiefonds (max. 25 Mio. pro Jahr) nötig. Die restlichen aus der CO₂-Abgabe finanzierten Subventionen (indirekt genutzte Geothermie, kommunale und regionale Energieplanung, Produktion erneuerbarer Gase, Nutzung von Solarthermie als Prozesswärme) sollen aufgehoben werden.

Landschaftsqualitätsbeiträge: Die Subventionssätze werden wie geplant auf 50 Prozent reduziert. Aufgrund eines komplexeren, schon länger geplanten Systemwechsels (Zusammenlegung der Landschaftsqualitätsbeiträge mit den Vernetzungsbeiträgen) wird die Massnahme aber ein Jahr verzögert, ab 2028, umgesetzt.

Förderung alternative Antriebssysteme: Auf die Förderung alternativer Antriebssysteme soll nur im Ortsverkehr verzichtet werden (Zuständigkeit Kantone und Gemeinden), hingegen soll der Bund die Umrüstung im Regionalen Personenverkehr wie geplant und befristet bis 2030 unterstützen können. Dafür werden pro Jahr 30 Millionen vorgesehen. Zur Gegenfinanzierung wird auf die Rückerstattung der Mineralölsteuer an den RPV bereits ab 2027 verzichtet (statt wie bisher geplant erst ab 2030). Die Entlastungswirkung fällt in den Jahren 2027 bis 2029 an (jeweils 40 Mio. pro Jahr).

Ressortforschung: Bei der Ressortforschung waren gewisse Kredite betroffen, die bereits durch andere Massnahmen vollständig gestrichen wurden. Zudem wurde die Intramuros-Forschung ausgeklammert. Das Entlastungsvolumen geht dadurch um 4-5 Millionen zurück.

Entflechtung zwischen Bund und AHV ab 2027: Die Massnahme wurde präzisiert; das höhere Entlastungspotenzial bei der AHV im 2028 ist auf eine technische Änderung zurückzuführen, Strukturbrüche sollen ausgeklammert werden. Im vorliegenden Fall führt die Aufhebung des Sondersatzes Hotellerie ab 2028 zwar zu Mehreinnahmen bei der Mehrwertsteuer (Strukturbruch), nicht aber zu einem höheren Bundesanteil an der AHV.

Kultur: Die Kürzungen der Ausgaben im Kulturbereich wurden präzisiert. Das EDI schlägt eine Gesetzesanpassung in Bezug auf die Auslandschweizerschulen vor: Die Finanzierung der sechs Schweizerschulen in Europa soll eingestellt werden.

Subventionsgesetz: Das EFD wurde am 20. September beauftragt, eine Anpassung des Subventionsgesetzes auszuarbeiten, so dass Finanzhilfen in der Regel 50 Prozent der Kosten der unterstützten Aufgabe nicht übersteigen. Ausnahmen sind in begründeten Fällen zwar möglich, insbesondere wenn die Finanzhilfen befristet sind und



degressiv ausgestaltet werden. Dieser Grundsatz wird mit dem EP27 in verschiedenen Bereichen umgesetzt (Innotour, Modellversuche im Straf- und Massnahmenvollzug, Förderung von Massnahmen zur Verminderung von Treibhausgasemissionen im Luftverkehr, Landschaftsqualitätsbeiträge, Förderung alternativer Antriebssysteme).

3 Zusammenspiel Voranschlag 2025 und EP27

Bei der Beratung des Voranschlags 2025 dürfte das Parlament diverse Aufträge an den Bundesrat richten, den Finanzplan 2026-28 anzupassen. So wird es voraussichtlich die Ausgaben der Armee erhöhen und jene für die internationale Zusammenarbeit senken wollen. Voraussichtlich wird das Parlament auch diverse Massnahmen aus dem EP27 bereits im Voranschlag 2025 umsetzen.

Der Bundesrat wird sich im Januar 2025 darüber unterhalten müssen, welche Auswirkungen die Beratung des Voranschlags auf das EP27 hat. Dort, wo das Parlament gewisse Kürzungen vorzieht, wird das EFD vorschlagen, diese grundsätzlich an die Vorgaben anzurechnen und nicht kumulativ umzusetzen. Dies betrifft namentlich die Internationale Zusammenarbeit, die Massnahmen im Eigenbereich sowie die Ressortforschung. Sollte das Parlament beispielsweise die vom Nationalrat beantragten Kürzungen von 250 MCHF p.a. bei der Entwicklungshilfe beschliessen, so wird das EFD beantragen, im EP27 auf die Massnahme bei der Entwicklungshilfe (Stabilisierung auf dem Niveau 2025) ganz zu verzichten. Die Kürzungen von 250 MCHF pro Jahr sind wesentlich höher (1,5 Mrd. CHF 2025-30), als was der Bundesrat im EP27 vorgesehen hatte (878 MCHF 2026-30). Der Bundesrat wird aber in den konkreten Fällen sowieso noch eine Diskussion führen müssen, wie er mit den Aufträgen zum Finanzplan umgehen will.

Befürchtungen, das Entlastungspaket könnte überdimensioniert sein und es werde zu viel gekürzt, sind aus heutiger Sicht unberechtigt. Es ist nicht auszuschliessen, dass das EP27 nicht genügt, um den Haushalt vollständig ins Gleichgewicht zu bringen. Sollte das Parlament sowohl bei der Armee als auch bei der Finanzierung der 13. AHV-Rente die teuersten Lösungen wählen, besteht das Risiko, dass weitere Entlastungsmassnahmen notwendig werden. Das EFD wird dem Bundesrat im Rahmen der Erarbeitung des Voranschlags 2026 gegebenenfalls die nötigen Anträge stellen.

4 Umgang mit einem allfälligen Referendum

Der Mantelerlass soll per 1. Januar 2027 in Kraft treten können. Das ist wichtig, weil nur so auch die gebundenen Ausgaben (ca. 65 Prozent der Ausgaben und Investitionen) einen Beitrag leisten können. Dieser Zeitplan ist mit ordentlichen Verfahren nur umsetzbar, solange kein Referendum gegen die Vorlage ergriffen wird. Kommt ein Referendum zustande, käme die Vorlage – wenn sich die parlamentarische Beratung über 3 Sessionen erstreckt – erst 2027 vors Volk; zu spät für ein schuldenbremsekonformes Budget 2027.



Das EFD wird zusammen mit den Finanzkommissionen Lösungswege diskutieren, wie dies verhindert werden kann. In Frage kommen eine dringliche Beratung des Paketes oder eine dringliche Inkraftsetzung gezielter Massnahmen. Der Bundesrat wird aber in jedem Fall eine Eventualplanung zu vorliegendem Paket vorbereiten müssen.

5 Vernehmlassung

Das Vernehmlassungsverfahren wird gestützt auf Art. 3 Abs. 1 VIG durchgeführt. Die Vernehmlassung dauert bis am 29. April 2025.

6 Finanzielle und personelle Auswirkungen

Die aktuellen Finanzpläne zeigen Defizite von rund 3 Milliarden (inkl. Finanzierungsvorlage des Bundesrates zur 13. AHV-Rente). Unter Berücksichtigung der Parlamentsbeschlüsse zur Armee und AHV dürften diese um bis zu 1,5 Milliarden steigen. Die Vorlage bringt Entlastungen in der Höhe von 3,5 Milliarden (2027) und 4,4 Milliarden (2028).

Der Bundesrat will die Ausgaben im Eigenbereich 300 Millionen kürzen (schrittweise: 100 Mio. 2026, 200 Mio. 2027 und 300 Mio. ab 2028), 180 davon beim Personal. Die Kürzung der Personalausgaben soll zu mindestens 100 Millionen bei der Besoldung und den Anstellungsbedingungen umgesetzt werden.

7 Ämterkonsultation

Im Rahmen der Ämterkonsultation begrüsst wurden alle Generalsekretariate, die Bundeskanzlei inkl. VIRK, und das BJ und das EPA. Es verbleiben folgende Differenzen:

Kommentiert: Die VE des ff Departements werden bei der ÄK nicht aufgeführt

Wir beantragen Ihnen, dem beiliegenden Beschlussentwurf zuzustimmen.

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD

Karin Keller-Sutter

Beilagen:

- Entwurf des Beschlussdispositivs
- Vernehmlassungsvorlage und erläuternder Bericht (d, f, i)
- Fragenkatalog (d, f, i)
- Darstellung der Änderungen im Vergleich zum geltenden Recht (d, f, i)
- Orientierungsschreiben an die Vernehmlassungsadressaten (d, f, i)
- Liste der Vernehmlassungsadressaten
- Medienmitteilung (d, f, i)

Kommentiert: Die Beilagen gehen nur d/f ins MBV & die MM nur deutsch. IT wird für den Tag der BRS bereitgestellt, die Übersetzungen der MM werden von der KOMM GS organisiert

Zum Mitbericht an:

alle anderen Departemente und BK



Bundesratsbeschluss vom [tt. Monat jjjj]

Bundesgesetz über das Entlastungspaket 2027 (EP 2027); Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens

Kommentiert [redacted]: Titel gm. BRA

Aufgrund des Antrags des EFD vom [tt. Monat jjjj],
aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens

wird beschlossen:

1. Von den Vernehmlassungsunterlagen wird Kenntnis genommen.
2. Das Vernehmlassungsverfahren wird eröffnet.
3. Das EFD wird ermächtigt, bei den Kantonen, den politischen Parteien, den gesamtschweizerischen Dachverbänden der Gemeinden, Städte und Berggebiete, den gesamtschweizerischen Dachverbänden der Wirtschaft und den weiteren interessierten Kreisen ein Vernehmlassungsverfahren durchzuführen.
4. Das Vernehmlassungsverfahren dauert bis zum **5. Mai 2025**.
5. Die BK macht die Vernehmlassungsunterlagen unmittelbar nach dem Beschluss des Bundesrates über die Eröffnung in elektronischer Form öffentlich zugänglich. Die zuständige Verwaltungseinheit stellt der BK zu diesem Zweck die Unterlagen vorgängig in elektronischer Form (pdf) zur Verfügung. Die BK gibt die Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens im Bundesblatt bekannt.